

Das Massaker von Marina Kue (Curuguaty)

Landkonflikte und Verfolgung von BäuerInnen in Paraguay

Das Massaker von Marina Kue (Curuguaty) in Paraguay stellt einen der schwersten Fälle von Menschenrechtsverletzungen und Kriminalisierung von sozialen Bewegungen der letzten Jahre in Südamerika dar. Am 15. Juni 2012 versuchte die Polizei eine Landbesetzung in Marina Kue, in der nördlichen Provinz Curuguaty, aufzulösen. Dabei starben 17 Personen, unter ihnen elf Bauern und sechs Polizisten. Der Fall Marina Kue steht exemplarisch für die soziale Problematik und die Ungerechtigkeit in Paraguay. Auch verdeutlicht er die umfassende Straflosigkeit bei Menschenrechtsverletzungen gegen marginalisierte ländliche Gruppen. Dieser Fall birgt aber auch eine besondere politische Brisanz, da er als Vorwand genutzt wurde, um den damaligen Präsidenten Fernando Lugo am 22. Juni 2012 seines Amtes zu entheben.¹



Starke Polizeipräsenz bei kleinbäuerlicher Protestaktion gegen Pestizideinsätze. © Anton Pieper

Die hohe Landkonzentration und damit fehlende Umsetzung des Rechtes auf Nahrung durch Land- und Agrarreformen bilden den tatsächlichen Hintergrund dieses Konfliktes. Paraguay ist eines der Länder mit der weltweit höchsten Landkonzentration: 2,6 Prozent der Bevölkerung kontrolliert 85,5 Prozent des Landes, während 91,4 Prozent der Bevölkerung nur sechs Prozent des Landes zur Verfügung stehen. Es ist zu erwarten, dass die Landkonzentration in den nächsten Jahren weiterhin zunehmen wird, womit sich die sozialen Konflikte verschärfen werden. Diese Landkonzentration, die zugleich eine Bündelung von Macht ist, steht im engen Zusammenhang mit der international steigenden Nachfrage nach wenigen Anbauprodukten wie Soja, Mais und Zuckerrohr (sogenannte *flex crops*); diese Produkte bieten multiple Anwendungsmöglichkeiten für Ernährung, Tiernahrung, Sprit und andere industrielle Sektoren.

¹ Der politische Prozess an dem amtierenden Präsidenten entbehrt laut juristischer Expertise jeglicher legaler Basis und konstitutioneller Legitimität und bricht außerdem die Carta Magna. Siehe: Mendoza Ortiz, Bobadilla E., Alderete A., Almada P., Estrago G., López X. González S. (2012): Porque es ilegal e ilegítimo el juicio político a Fernando Lugo. Nacional por la Defensa de la Democracia/Plataforma de Organizaciones Sociales, julio 2012, Asunción Paraguay (zuganglich: <http://de.scribd.com/doc/101031707/POR-QUE-ES-ILEGAL-E-ILEGITIMO-EL-JUICIO-POLITICO-A-FERNANDO-LUGO>).

Hintergründe der Landbesetzung in Marina Kue

Berichten der BäuerInnen der Landbesetzung von Marina Kue zufolge bestand ihr wichtigstes Motiv dieses Land zu besetzen darin, ihr Überleben zu sichern. Die Familien leben seit Jahren in äußerst prekären Verhältnissen. Der Großteil von ihnen sind landlose BäuerInnen, die auf den elterlichen Höfen in den Dörfern von Britezcue, Yvyrapyta und Yasy Kany lebten. Anstatt in städtische Zentren abzuwandern, wo sie meist ohne Perspektive in Elendsvierteln überleben würden, haben sie sich dazu entschlossen, ihr Recht auf Land einzufordern, um weiterhin als BäuerInnen zu arbeiten und ihre Ernährung sicherstellen zu können. Sie haben das Land aus der Überzeugung heraus besetzt, dass es ihnen per Gesetz zusteht, da es als staatliches Land für die Agrarreform bestimmt ist. Seit 2004 haben die BäuerInnen öffentlich Anspruch auf dieses Land erhoben und verhandeln seitdem mit den staatlichen Behörden um die Anerkennung ihrer Rechte.

Der jahrelang schwelende Konflikt um Marina Kue – Verflechtung von Justiz und Macht

Ein zentraler Aspekt des Konfliktes in Marina Kue ist die Auseinandersetzung um den Besitzanspruch und den Landtitel. Das von den



Protestaktion anlässlich des ersten Jahrestags des Massakers. © www.quepasoencuruguay.org

BäuerInnen geforderte Land von ca. 2.000 Hektar wurde 1967 von der englisch-argentinischen Firma *Industrial Paraguaya* dem paraguayischen Staat durch eine Schenkung übergeben. Allerdings wurde nie ein Titel in das öffentliche Register eingeschrieben. Dieses Land diente bis Anfang der 90er Jahre der Marine als Stützpunkt. Als dieser aufgelöst wurde, begann die Firma *Morombí* das Land mit Monokulturen zu bebauen und es als ihr Eigentum auszugeben. Der Haupteigentümer von *Morombí* ist der inzwischen verstorbene reiche und mächtige Unternehmer Riquelme, eine der wichtigsten Figuren der Stroessner-Diktatur.

Die 2003 vom Parlament eingesetzte *Untersuchungskommission für Gerechtigkeit und Wahrheit* hatte das von *Morombí* beanspruchte Land als illegal angeeignetes Land eingestuft. Marina Kue ist allerdings kein Einzelfall, sondern steht exemplarisch für viele Landkonflikte; fast 20 Prozent des gesamten Landes in Paraguay sind als solch illegal angeeignetes Land kategorisiert.²

Seit 2004 haben BäuerInnen dieses Land für sich eingefordert. Es ist, gestützt auf die entsprechende gesetzliche Grundlage, als Land von sozialem Interesse anerkannt worden. Der damaligen Präsident Nicanor Frutos übergab das Land dann im Oktober 2004 der zuständigen Landbehörde *INDERT* – mit dem Mandat eine Landreform durchzuführen. Der oberste Gerichtshof, der sich aufgrund des Einspruches von *Morombí* einschaltete, verschleppt diesen Fall bis heute. Aufgrund des fehlenden Handelns der Justiz und der zuständigen Behörden wird der Vorwurf der Verflechtung von Justiz und Bürokratie mit wirtschaftlichen und politischen Interessen immer lauter.

Landreformen und das Recht auf Nahrung

Das Recht auf Land ist als integraler Bestandteil im Menschenrecht auf Nahrung und Wohnraum verankert. Demnach hat der Staat die Verpflichtung, den Menschen den Zugang zu Land sowie Schutz gegen Zwangsräumungen für diejenigen zu gewährleisten, die Land für ihre Nahrungssicherung benötigen, auch wenn sie nicht über legale Besitztitel verfügen.³

2 COMISION de VERDAD y JUSTICIA (2008): "Tierras Malhabidas". Informe final de la Comisión de Verdad y Justicia. CVJ, Asunción. Siehe v.a. Kapitel IV.
3 Internationaler Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte, Artikel 11, und die Allgemeinen Rechtskommentare Nr. 4, 7 und 12 des Komitees über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte.

Angesichts der hohen Anzahl von Menschen in extremer Armut und unter Hunger leidend sowie der hohen Landkonzentration und einer ausbleibenden Landreform, hat der paraguayische Staat eindeutig das Recht auf Nahrung verletzt (siehe Kasten).

Außerdem ist zu berücksichtigen, dass Land nicht nur eine produktive Grundlage darstellt, sondern ihm generell in kleinbäuerlichen Gesellschaften ein hoher sozialer und kultureller Stellenwert innewohnt. In Paraguay pflegen die Bauern in der *Guarani*-Sprache zu sagen: „*Tekoha 'yre ndaipori teko*“ („Ohne Land gibt es keine Kultur“). *Campesino* oder *Chokokue* (Bauer) zu sein bedeutet also ein integrales Lebensgefühl, wo kleinbäuerliches Wirtschaften mit einer Lebensweise und Kultur untrennbar verbunden ist.

Die Konsequenzen der Landkonzentration für die Ernährungssicherung der Bevölkerung

Ein Viertel der Menschen in Paraguay leidet laut FAO, an Hunger.⁴ Die steigende Landkonzentration wirkt sich in zwei Formen auf die Ernährungssicherung in Paraguay aus: erstens verlieren KleinbäuerInnen im Zuge von Landgrabbing ihr Land und damit ihre Ernährungsgrundlage; zweitens geht die Landkonzentration Hand in Hand mit der Ausbreitung von Monokulturen und der Produktion für den Export.

Während die Anbauflächen für die boomenden Exportprodukte seit Beginn des 20. Jahrhunderts kontinuierlich ansteigen, sinken die von KleinbäuerInnen angebaute Flächen für Maniok, Mais, Bohnen und Erdnuss.⁵ Innerhalb des Zeitraums von 1992 und 2008 haben KleinbäuerInnen 27 Prozent ihres Landes verloren.

Neben der Viehwirtschaft hat der Anbau von Soja, Mais und Weizen für den Export maßgeblich zu dieser Landkonzentration beigetragen.⁶ 83 Prozent der Gesamtfläche des bewirtschafteten Landes wurden 2008 mit Monokulturen bebaut, dieses Land kommt nicht der Ernährung der Bevölkerung zugute, sondern der Nachfrage auf dem globalen Markt.⁷

Das Massaker von Marina Kue

Die tragischen Ereignisse in Marina Kue nahmen ihren Ausgangspunkt mit dem am 14. Juni 2012 ausgestellten Befehl zu einer Razzia in der Landbesetzung Marina Kue. Damit kam der lokale Richter der Anzeige *Morombí*s auf Landfriedensbruch nach. Dieser Befehl ist allerdings rechtlich äußerst fragwürdig, da *Morombí* wie erwähnt über keinerlei Landtitel verfügt. Der Befehl zur Razzia verwandelte sich in eine *de facto* Räumung der Landbesetzung.

Seit vier Uhr morgens des 15. Juni 2012 befanden sich 300 bewaffnete Polizeikräfte, berittene Polizei und Helikopter im Einsatz. Um sieben Uhr morgens begannen sie, die Gruppe von 50 bis 60 BäuerInnen – unter

4 FAO (2012): El Panorama de la seguridad alimentaria y nutricional en América Latina y Caribe 2012.

5 Kretschmer, Regina y Riquelme, Qutinín (2014): Concentración de tierra y producción en Paraguay. Análisis comparativo de los censos agropecuarios 1991 y 2008. Asunción. Unveröffentlicht.

6 Borras/Franco/Kay/Spoor (2011): Acaparamiento de tierras en América Latina y Caribe. S. 10. Verfügbar unter: http://www.rlc.fao.org/fileadmin/content/events/sem_tiemras/estudios/borras.pdf

7 Riquelme, Qutinín (2014): El derecho a la tierra desde la concepción de los movimientos campesinos. IN: Dobreé Patricio (comp.): La tierra en Paraguay. Asunción. 2008 wurde der letzte Agrarzensus durchgeführt und es gibt keine aktualisierten Daten.

ihnen auch Frauen und Kinder – von zwei Seiten zu umringen. Der erste Schuss, dessen Ursprung bis heute ungeklärt ist und dem auch von Seiten des Staatsanwaltes nicht nachgegangen wird, löste eine Gewehrsalve aus. Die meisten BäuerInnen flüchteten sich daraufhin in das umliegende Gestrüpp und die Wälder, um Schutz zu suchen. Das Resultat der Polizeiaktion waren unzählige Verletzte und 17 Tote sowie die Verhaftung mehrerer BäuerInnen.

Die Staatsanwaltschaft beschuldigte diese BäuerInnen, die Polizei in einen Hinterhalt gelockt zu haben. Im Dezember 2012 erhob sie Anklage gegen zwölf inhaftierte BäuerInnen wegen versuchten Totschlages, Landfriedensbruchs und krimineller Vereinigung. Allerdings untersucht die Staatsanwaltschaft seitdem nur den Tod der Polizisten, nicht aber die Umstände des Todes der Bauern.

Drei unabhängige Untersuchungen von Menschenrechtsorganisationen – eine von ihnen mitgetragen von FIAN – legten Indizien vor, die auf einen anderen Verlauf als die Version der Staatsanwaltschaft hinweisen.⁸ Die unverhältnismäßige Polizeipräsenz deutet laut Bericht von FIAN und *La Via Campesina* darauf hin, dass ein Konflikt provoziert werden sollte. Auch Mechanismen, die normalerweise bei Räumungen von Landbesetzungen für eine friedliche Lösung angewandt werden, wurden an diesem Tag nicht eingesetzt. Zeugenaussagen und Indizien sprechen dafür, dass der Großteil der Bauern nicht während der Auseinandersetzung starb, sondern als sie bereits verletzt oder festgenommen waren oder sich der Polizei mit erhobenen Händen ergaben. Zeugenberichten zufolge wurde Adolfo Castro, der seinen dreijährigen Sohn auf dem Arm hatte, erst von der Polizei am Bein angeschossen, um ihn dann vor den Augen seines Kindes zu erschießen. Die Untersuchungen der Menschenrechtsorganisationen ergaben auch, dass verletzten Frauen und Männern ärztliche Hilfeleistung untersagt wurde, auch wenn sie Schutzverletzungen aufwiesen und sich die Kugeln noch in ihren Körpern befanden.

Die Menschenrechtsorganisationen kommen zu der Schlussfolgerung, dass der paraguayische Staat seiner Verantwortung nicht nachgekommen ist, das Recht auf Leben, auf Gesundheit, auf physische, psychische und moralische Integrität der Frauen und Männer sowie das Recht auf Freiheit zu respektieren und zu schützen.⁹

Am 8. Dezember 2012 wurde der Staatsanwaltschaft eine formelle Beschwerde wegen außergerichtlicher Hinrichtungen, Folter und anderer Menschenrechtsverletzungen vorgelegt, dem die Staatsanwaltschaft aber nie nachgegangen ist.

Gewaltausübung und Kriminalisierung des Kampfes um Recht auf Land und Nahrung

Landkonflikte stellen bis heute das größte soziale Konfliktpotential in Paraguay dar. Auch wenn das Recht auf Land in der Nationalen Verfassung von 1992 und im Agrarstatut von 2002 verankert ist, wurden kaum öffentliche Programme in die Wege geleitet, um dieses Recht umzusetzen.¹⁰ Landlose haben nur aufgrund ihres politischen Drucks neue Ländereien zugestanden bekommen; Landbesetzungen sind hierbei die wirkungsvollste Strategie. Seit 2004 wurde allerdings immer weniger oder gar kein Land mehr (seit 2008) vergeben.

Die Landkonflikte haben zu einer Gewaltspirale gegen die KleinbäuerInnen geführt, die von der Verleumdung der BäuerInnen, der Präsenz von privaten Milizen, Morddrohungen bis hin zu juristischer Verfolgung reichen. 124 Bauernführer wurden von 1989 bis 2013 ermordet; seit dem Massaker von Marina Kue bis zum März 2014 waren es allein neun Bauern.¹¹ Die Gewaltausübung hat nicht nur die Verteidigung des Großgrundbesitzes zum Ziel, sondern auch den Erhalt des wirtschaftlichen und politischen *status quo*.

Der Gerichtsprozess

Immer wieder wurde von Seiten der Menschenrechtsorganisationen und der Familienangehörigen der Opfer die mangelhafte Untersuchung und die Parteilichkeit der Staatsanwaltschaft angeklagt. Die angeklagten BäuerInnen sehen sich möglichen Haftstrafen von bis zu 35 Jahren ausgesetzt. Die Anklage gegen die BäuerInnen wurde anhand einer Liste des Komitees der Landlosen erhoben, die im Camp gefunden wurde; einige der angegebenen Personen sollen sich aber zu dem Zeitpunkt des Polizeieinsatzes nicht im Camp aufgehalten oder gar im Ausland befunden haben. Von nur einer einzigen der fünf Jagdflinten der Bauern wurde ein Schuss abgegeben, die Flinte war jedoch defekt.

Laut der Verteidigung der *Kommission der Opfer von Curuguaty* sowie der Menschenrechtsorganisationen waren die Ermittlungen der Staatsanwaltschaft vor Ort äußerst fragwürdig.¹² Entlastende Beweismaterialien sollen entwendet oder zerstört worden sein oder wurden nicht in die Beweisführung mit aufgenommen. Von der Verteidigung vorgelegte Entlastungsbeweise und Verfahrensbeschwerden wurden unberücksichtigt gelassen. Außerdem hat die Staatsanwaltschaft eine Reihe von Indizien erst während des Gerichtsprozesses vorgelegt und der Verteidigung nicht im Vorfeld zugänglich gemacht. Aufgrund dieser Tatsachen wird von den Menschenrechtsorganisationen der Vorwurf erhoben, dass die Staatsanwaltschaft gegen das paraguayische Strafbgesetzbuch, gegen das Recht der Gleichheit vor dem Gesetz und gegen das Recht auf ein gerechtes und objektives Gerichtsverfahren verstoßen habe.¹³

⁸ Drei unabhängige Untersuchungen haben unzähliges Beweismaterial vorgelegt, die diese Verletzungen belegen: "Informe Masacre de Curuguaty" por la Plataforma de Estudios e Investigación de Conflictos Campesinos (PEICC), Oktober 2012 (<http://de.scribd.com/doc/110616439/Informe-Curuguaty-PEIC>); "Informe de derechos humanos sobre el caso Marina Kue" por la Coordinadora de Derechos Humanos del Paraguay (CODEHUPY) Dezember 2012. (http://www.codehupy.org/index.php?option=com_docman&task=cat_view&gid=27&Itemid=21). FIAN hatte im September 2012 eine unabhängige Untersuchung, zusammen mit der *Vía Campesina* et al., durchgeführt.

⁹ Internationaler Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte, Artikel 7 und 12, Amerikanische Menschenrechtskonvention, Artikel 5. Siehe auch die Allgemeinen Rechtskommentare Nr. 20 des Komitees für Menschenrechte und Nr. 14 des Komitees für wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte.

¹⁰ Riquelme 2014, s.o.

¹¹ Coordinadora de Derechos Humanos del Paraguay (2013) Informe de Derechos Humanos en Paraguay 2013, Codehupy, Asunción. Und persönliche Kommunikation mit *La Vía Campesina*.

¹² Coordinadora de Derechos Humanos del Paraguay, CODEHUPY (2012): ¿Qué pasó en Curuguaty? Informe de derechos humanos sobre el caso Marina Kue. CODEHUPY Asunción und Morales, Vicente (2013) "El caso Curuguaty", en: Coordinadora de Derechos Humanos del Paraguay, Informe de Derechos Humanos en Paraguay 2013. Asunción.

¹³ Internationaler Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte, Art. 9 und Allgemeiner Rechtskommentare Nr. 8.



Kreuze in der Landbesetzung Marina Kue, jedes Kreuz symbolisiert einen der toten Bauern. © www.quepasoencuruguaty.org

Die Konsequenzen des Massakers von Marina Kue für den Kampf um Land

Das Massaker von Marina Kue hat eine Zäsur in der Geschichte Paraguays gesetzt. Die enorme Ausübung von Gewalt seitens der Polizei sowie die Straflosigkeit staatlicher Übergriffe, die unverhältnismäßige juristische Verfolgung der BesetzerInnen von Marina Kue und die Kriminalisierung von MenschenrechtsverteidigerInnen hat Signalwirkung auf all die Menschen, die ihr Recht auf Land einfordern wollen. Die Untersuchungen und der Gerichtsprozess haben zudem die Parteilichkeit der paraguayischen Justiz und die Rechtlosigkeit der Menschen, die ihre elementaren Menschenrechte verteidigen wollen, offenbart. Zugleich zeigt dieser Fall auch die Tragweite von Einfluss und Macht der Großgrundbesitzer und der Agrobusiness-Lobby.

Seit dem Massaker von Marina Kue haben die Menschenrechtsverletzungen an der ländlichen Bevölkerung deutlich zugenommen.¹⁴ Territorien indigener Gemeinschaften und kleinbäuerliche Siedlungen werden gewaltsam und geräumt, weil GroßgrundbesitzerInnen fragwürdige Besitztitel vorweisen. BäuerInnen, die angesichts massiven Pestizideinsatzes in der Sojaproduktion durch Proteste vor den Sojafeldern die Einhaltung der Umweltgesetze einfordern, werden von der Polizei massiv unterdrückt oder festgenommen. Außerdem wurden seit dem Massaker gesetzliche Rahmenbedingungen geschaffen, die die Ernährungssituation der Bevölkerung noch mehr beeinträchtigen sowie das Land langfristig verändern werden. So wurde seit dem par-

lamentarischen Putsch eine Reihe von genetisch veränderten Samen zugelassen, ohne dass die vorgeschriebenen Untersuchungen ihrer Auswirkungen auf Gesundheit und Umwelt durchgeführt wurden.¹⁵ Besonders dramatisch für das Recht auf Nahrung und das Recht auf Land ist das am 28. Oktober 2013 verabschiedete Gesetz der „privat-öffentlichen Allianz“; es wurde im Schnellverfahren und ohne jegliche Partizipation der Gesellschaft durch das Parlament gewunken. Dieses neoliberale Gesetz beinhaltet neben der Privatisierung von öffentlichen Sozialleistungen und Infrastruktur die Verpachtung natürlicher Ressourcen bis zu 40 Jahren. Und es war kein Zufall, dass wenige Wochen vorher das Gesetz der nationalen Verteidigung und inneren Sicherheit erlassen wurde, das den Einsatz von Militär ermöglicht, um die „innere Ordnung“ wiederherzustellen.¹⁶

Am 28. März 2014 wurden vor der *Interamerikanischen Kommission für Menschenrechte* in Washington folgende Fälle von Menschenrechtsverletzungen vorgelegt, die repräsentativ für die staatlichen Repressionen gegen kleinbäuerliche Dörfer und soziale Proteste stehen¹⁷:

- Die gewaltsame Räumungen der Bauerndörfer Colonia Latarza Kue (Departament von Caaguazu) und der Siedlung von Tapiracuai (Departament von San Pedro)
- Die Repression von Mitgliedern des Dorfes Crecencio Gonzalez (Departament von San Pedro), die gegen den massiven Pestizideinsatz von den umliegenden Sojabauern protestierte.

14 CODEHUPY 2013 s.o. und SERPAJ PY (2014): Resistencia campesina ante los abusos del poder. Asunción. 2014.

15 CODEHUPY 2013 s.o.

16 <http://www.baseis.org.py/base/leermasDestac.php?noticia=842>

17 <http://www.serpajpy.org.py/?p=2626>

FIAN Deutschland e.V.
Briedeler Strasse 13
50969 Köln

www.fian.de
fian@fian.de
Tel.: 0221-7020072

Mit freundlicher Unterstützung durch:



Köln, Juni 2014

Autorin: Regine Kretschmer

Gestaltung: Uschi Strauß

Fotos: © FIAN oder siehe Bildunterschrift

FIAN, das FoodFirst Informations- und Aktions-Netzwerk, ist die Internationale Menschenrechtsorganisation für das Recht auf Nahrung.



Die Verursacher des Hungers benennen
Den Hungernden Gehör verschaffen
Gemeinsam die Verantwortlichen zur Rechenschaft ziehen